

EVELIN WITTICH

Debatte um ein Denkmal für Rosa Luxemburg

Reproduktion von Vorurteilen oder Beginn einer differenzierten Geschichtsaneignung?

In den vergangenen Jahren habe ich im Zusammenhang mit den Debatten sowohl um ein Denkmal für Rosa Luxemburg als auch um das Holocaust-Denkmal des öfteren Meinungen über die Bedeutung von Denkmälern etwa wie folgt vernommen: Denkmäler beginnen mit ihrer Fertigstellung zu veralten, sie sind wichtig für die Zeitgenossen, deren Emotionen jedoch im Lauf der Zeit verblassen. Übrig bleiben Informationen an spätere Generationen hauptsächlich darüber, wie ihre Vorfahren mit Geschichte umgegangen sind. Sie bieten einerseits Stoff für Phantasie, Mythen und Geschichten, regen andererseits dazu an, Geschichte zu ergründen.

Anlass für Auseinandersetzungen waren und sind die künstlerischen Umsetzungen, die Auswahl der beauftragten Künstler und die Auswahl des jeweiligen Kunstwerkes bei Ausschreibungen, wie es am Beispiel des Holocaust-Denkmal sicher noch gut in Erinnerung ist.

Arnulf Baring vertrat in der Sendung des tv.Berlin »Live vom Alex« am 12. Februar 2002 die Meinung, dass Denkmäler letztlich eine Sache des 19. Jahrhunderts gewesen seien. Im 20. Jahrhundert sei etwas Monströses daraus geworden und im 21. Jahrhundert, so denkt er, werden wir ohne Denkmäler auskommen. Logisch ist für ihn deshalb, dass ein Denkmal für Rosa Luxemburg nicht zeitgemäß sei und es für eine so widersprüchliche Person auch nicht recht machbar erscheine. Dass die PDS sich für eine so komplizierte Persönlichkeit einsetze, verwundere ihn. So interessant dieser Ansatz ist, bleibt die Frage, ob er politisch realistisch ist. Denn immerhin gehören Denkmäler durchaus noch zu den spezifischen Möglichkeiten, historische Traditionen auszumachen und mit gegenwärtigem Selbstverständnis in Beziehung zu setzen. Es bleibt abzuwarten, ob und wie zeitgenössische Künstlerinnen und Künstler in der Lage sind, die gesellschaftlichen Äußerungsbedürfnisse gerade zu Rosa Luxemburg umzusetzen.

Ähnlich wie Arnulf Baring hat Norbert Seitz insbesondere mit Denkmalsambitionen in Berlin Probleme: »Dass Berliner Seiten in diesen Tagen aus allen großen Tageszeitungen verschwinden, hat sicher nicht nur mit Sparzwängen, sondern auch mit einem bundesweiten Unbehagen an Berlin-Debatten über die Errichtung von Schlössern, Denk- und Mahnmälern zu tun. Während die Berliner nunmehr ihr Stadtschloss wieder bekommen werden, Frau Steinbach nach Platz für ein Vertriebenenmahnmal Ausschau hält, mischt man von links her fleißig mit, um neben den etlichen, bereits existieren-

Evelin Wittich – Jg. 1950, Dr. oec., Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Politische Bildung in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Anliegen und Schwerpunkte, Heft 113 (März 2000).

1 Norbert Seitz: Alles andere ist Quark. Mit dem Tag der Revolution beginnt die Diktatur: Manfred Scharrer kratzt am Mythos von Rosa und Karl, in: Frankfurter Rundschau, 26. August 2002.

2 Bernd Eichmann: Denkmale deutscher Vergangenheit, Bad Honnef 1994, S. 8.

den Rosa-Luxemburg-Gedenkzeichen auch ein veritables Denkmal aufstellen zu dürfen.«¹ Und Bernd Eichmann äußert sich wie folgt: »›Alles, was man gemeinhin Vergangenheit nennt, ist nur eine leiser und dunkler gewordene Art der Gegenwart‹ sagt Gertrud on le Fort. In den Denkmälern und Gebäuden und den Geschichten, die dahinter stehen, wird Vergangenheit fassbar, sichtbar, gegenwärtig. Der Zeitgeist von damals lässt sich noch einmal an einem Zipfel packen. Je mehr man sich ihm annähert, desto mehr enthüllt er sich als das, was er ist: ›eine dunkler gewordene Art der Gegenwart.‹ Man muss lernen, ihn zu dechiffrieren.«²

Rosa Luxemburg, ihr Leben, ihr Werk, ihr politischer Kampf und ihr Politikverständnis werden mehr als 80 Jahre nach ihrem Tod immer noch heftig diskutiert und führen sehr häufig zu politischer Polarisierung. Nach wie vor erachten es Historikerinnen und Historiker als lohnend, über das Wirken dieser Frau zu forschen, Konferenzen zu veranstalten und Aufsätze zu publizieren. Historische Arbeiten sind immer dann von öffentlichem Interesse, wenn ihr Gegenstand für aktuelle politische Auseinandersetzungen Relevanz besitzt und politische Strategien und Konzepte bekräftigt oder sie in Frage stellt. Selbstverständlich geht es immer auch um das politische Selbstverständnis von Menschen, den Wert von Biographien, um Ideologien.

All das ist in der Person Rosa Luxemburgs auf imponierende Art und Weise gegeben.

Wer will ein Denkmal für Rosa Luxemburg?

Die SED-Führung wollte es offenbar nicht. Deshalb war es Anliegen demokratisch-sozialistischer Kräfte – vor allem der PDS – aber auch anderer, insbesondere linker und frauenbewegter Menschen, die das Schicksal Rosa Luxemburgs berührte, gleich nach der politischen Wende 1989 dieser Frau ein Denkmal oder besser ein Zeichen im öffentlichen Raum Berlins zu setzen. Die PDS beschloss auf ihrem 4. Parteitag 1994, ein Denkmal in Auftrag zu geben – als Bringeschuld gegenüber Rosa Luxemburg und den eigenen demokratisch-sozialistischen Traditionen. Zusätzlich ging es darum, den gerade stattgefundenen »Denkmalsstürzen«, ganz besonders dem des inszenierten Abbruchs des Lenin-Denkmal auf dem gleichnamigen Platz in Berlin, die Bewahrung sozialistischer Geschichte der Stadt und einen souveränen Umgang mit Symbolen dieser Geschichte entgegenzusetzen. Letzteres bedeutete selbstverständlich auch einen Bruch mit weidlich praktizierten Traditionen beim Umgang mit Denkmälern im »realen« Sozialismus.

Schritte für das Denkzeichen

Im Verlauf des Jahres 1998 gründete sich in Berlin der Initiativkreis »Ein Zeichen für Rosa Luxemburg« mit der Absicht, im öffentlichen Raum, auf dem Rosa-Luxemburg-Platz im Zentrum Berlins, dieser Frau sichtbar und dauerhaft zu gedenken. Die Ergebnisse der in diesem Zusammenhang geführten Debatten über Rosa Luxemburg, über existierende Denkmäler für sie und über die eng mit ihr verbundene Geschichte der Sozialisten in Berlin, deren Erinnerungsort der Friedhof in Berlin-Friedrichsfelde ist, liegen als Dokumentation für jeden zugänglich vor: Ein Zeichen für Rosa Luxemburg. Deu-

tungsmuster eines politischen Lebens. Diskussionsprozesse 1998-2000. Dokumentation. Herausgegeben vom Initiativkreis »Ein Zeichen für Rosa Luxemburg«, Berlin 2000.

Die Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte unterstützte dieses Projekt und stimmte am 12. November 1998 einem Zeichen für Rosa Luxemburg auf dem nach ihr benannten Platz zu. Die PDS, vor deren Zentrale das in ihrem Auftrag von Rolf Bibl und Ingeborg Huntzinger geschaffene Denkmal in dieser Zeit provisorisch aufgestellt war, übergab diese Arbeit wenig später der Rosa-Luxemburg-Stiftung als Leihgabe. Der Rosa-Luxemburg-Platz wartet seitdem darauf, das viel diskutierte neue Denkzeichen für Rosa Luxemburg aufzunehmen.

2001 entschieden sich die Wählerinnen und Wähler Berlins für eine politische Konstellation, die einen Senat aus SPD und PDS ermöglichte. Die Koalitionsvereinbarung sieht die Ausschreibung eines Denkmals für die Sozialistin und Kommunistin im Herzen Berlins vor. Mit dem Öffentlichwerden dieses Vorhabens brach ein Sturm der Empörung los, verbunden mit Angriffen auf Rosa Luxemburg – vor allem jedoch auf die politischen Akteure –, die so die öffentliche Erinnerung an sie wachhalten wollten. In der FAZ konnte man dazu lesen: »Im Koalitionsvertrag zwischen Berliner SPD und PDS wurde der politischen Modellathletin diese Eignung auch für das demokratische Gedenken zugesprochen. Dort erklärten beide Parteien ihren Willen zum Bau eines Denkmals für Rosa Luxemburg auf dem gleichnamigen Platz im Stadtteil Mitte. Das dürfte auf Wunsch der unweit des Platzes residierenden PDS geschehen sein, der es bekanntermaßen an aufstellfähigen Heldenfiguren aus ihrer jüngeren Geschichte mangelt.«³

Angriffe auf Rosa Luxemburg

In der Auseinandersetzung um ein Denkzeichen für Rosa Luxemburg, das ja verhindert werden sollte, ging es den Gegnerinnen und Gegnern im Kern darum, ihre Bedeutung für die demokratische Gesellschaft in Abrede zu stellen. Rosa Luxemburgs Bekanntheit und die Verehrung für sie seien ein Irrtum. »Dieses positive Bild beruht im besten Fall auf Unkenntnis. Luxemburg wird für ihren Antimilitarismus, für ihre Kritik an Lenin und für ihre humanistischen Ideale geehrt, ohne dass geprüft wird, warum sie gegen den Ersten Weltkrieg war, was sie an Lenin kritisierte und welches Humanismusverständnis ihrem Denken zugrunde lag. ... Rosa Luxemburg mit einem Denkmal zu ehren, bedeutet im besten Fall, ihren ideologischen und totalitären Antrieb zu unterschätzen.«⁴

Für die gegenwärtige und künftige Gesellschaft könne Rosa Luxemburg in keiner Weise bedeutungsvoll sein. So schreibt Norbert Seitz in seiner Rezension des Buches von Manfred Scharrer⁵: »Doch wer Denkmäler errichtet, muss sich auf denkwürdige Traditionen berufen können. Diese werden von dem Gewerkschaftshistoriker Manfred Scharrer in seiner Doppelbiografie über »die Legende von Rosa & Karl« nachdrücklich bestritten.«⁶

Erstens zielt die Debatte gegen Rosa Luxemburg darauf, sie als Demokratin zu diskreditieren.⁷ Dabei kommt es zu einer merkwürdigen Verkehrung: 1988 führten Bürgerbewegte während der Luxem-

3 Jürgen Kaube: Aurora. Wirklich ein Denkmal für Rosa Luxemburg? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. März 2002.

4 Hendrik Hansen: Die Gluthitze der Revolution, PDS und SPD wollen ein Rosa-Luxemburg-Denkmal in Berlin. Damit würde eine totalitäre Denkerin geehrt, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 10. Februar 2002.

5 Manfred Scharrer: »Freiheit ist immer ...«. Die Legende von Rosa und Karl, Berlin 2002.

6 Norbert Seitz, a. a. O.

7 Vgl. Manfred Scharrer: Die zwei Gesichter der Rosa Luxemburg, in: Themenbeilage der Märkischen Allgemeinen, 24. Januar 2002; Manfred Scharrer: Freiheit ist immer..., a. a. O.; Gerald Glaubitz: Blinde Ideologen, in: Der Tagespiegel, 6. Mai 2002, S. 7; Eckhard Jesse: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust. Rosa Luxemburg verdient kein Denkmal. Der Gegnerin der parlamentarischen Demokratie war die Freiheit der Andersdenkenden nie ein Anliegen, in: Die Welt, 1. März 2002; Hans Halter: Daumen auf das Auge, in: Der Spiegel, 11. März 2002, S. 46 ff.

burg-Liebkecht-Demonstration Rosa Luxemburg als Demokratin ins Feld, um die in der DDR vorhandenen Demokratiedefizite der SED-Führung unübersehbar in Erinnerung zu bringen. Damals kam niemand, weder in Ost noch West, auf die Idee, Rosa Luxemburg wegen ihres Demokratieverständnisses zu attackieren; ganz im Gegenteil.

Scharrer dagegen stellt folgende Behauptungen auf: »Demokratie war für Rosa Luxemburg nur nützlich bis zum Tag der Revolution, dann kam die Phase der Diktatur. Demokratie war für sie allenfalls ein Mittel zur Eroberung der Macht. ... Sie ist fasziniert von der Revolution und nicht von der Demokratie, sie ist fasziniert von der Gewalt und nicht vom Parlieren. Sie beschwört den Glauben vom Zusammenbruch des Kapitalismus.« Und weiter: »Parlamentarische Demokratie ist oft undramatisch, demokratische Entscheidungsfindungen sind oft mühselig und enden fast immer mit Kompromissen. Wenn Rosa Luxemburg aber etwas hasste, dann waren es Kompromisse.«⁸ Er macht sich nicht einmal die Mühe, diese Aussagen zu belegen.

8 Manfred Scharrer, a. a. O., S. 15-16.

Sekundiert wird er von Jürgen Kaube: »Ja, Rosa Luxemburg war eine Lichtgestalt des Sozialismus. Nein, sie war keine Demokratin. Ja, aber Bismarck-Denkmäler gibt es auch. Nein, sie hat die Sozialdemokratie einen stinkenden Leichnam genannt. Ja, aber sie hat die Widersprüche ihrer Zeit ›gelebt‹. Nein, sie hat die Freiheit der Andersdenkenden nur solange hochgehalten, wie es ihr recht war. Ja, aber man muss sie im Kontext ihrer Epoche sehen.«⁹

9 Jürgen Kaube, a. a. O.

Vorgeworfen wird ihr heute, dass sie zwar wenige Monate vor ihrer Befreiung aus dem Gefängnis ihre Kritik an der russischen Revolution mit der berühmten Fußnote über die Freiheit als Freiheit der Andersdenkenden niederschrieb, aber in den Wochen der deutschen Revolution die revolutionären Massen zu einer sozialistischen Revolution führen wollte. Es wird ihr sogar unterstellt, dass sie den im Gefängnis geschriebenen Text gar nicht veröffentlichen wollte (so Manfred Scharrer auf der Konferenz der Internationalen Rosa Luxemburg Gesellschaft am 6. September 2002 in Bochum), denn »Zur russischen Revolution« wurde ja erst 1921 von Paul Levi herausgegeben. Die viel zitierte Aussage aus »Zur russischen Revolution« wird in Gegensatz zu ihrer Bejahung der Revolution, der Diktatur des Proletariats gebracht – ohne die konkreten historischen Bedingungen und den Diskussionsstand in der revolutionären Sozialdemokratie zu berücksichtigen.

Verwerflich erscheint ihren Kritikern aus heutiger Sicht, dass sie nicht das Demokratiemodell der Weimarer Republik favorisierte, sondern die Räte­demokratie, als direkte Herrschaft von unten auf der Basis einer kollektiven Planwirtschaft, über die übrigens damals in der Sozialdemokratie Konsens herrschte: die Ebert-Regierung selbst nannte sich im November 1918 »Rat der Volksbeauftragten«.

Folgendes Zitat von Rosa Luxemburg vermittelt einen Eindruck von ihrem Demokratieverständnis: »Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer

von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft ... Das ist ein übermächtiges, objektives Gesetz, dem sich keine Partei zu entziehen vermag.«¹⁰

Und über das Verhältnis zwischen Demokratie und Diktatur schrieb sie unmissverständlich: Es geht um »Diktatur der *Klasse*, nicht einer Partei oder einer Clique, Diktatur der Klasse, d. h. in breitester Öffentlichkeit, unter tätigster ungehemmter Teilnahme der Volksmassen, in unbeschränkter Demokratie ... Wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen, das heißt nur: Wir unterschieden stets den sozialen Kern von der politischen Form der *bürgerlichen* Demokratie, wir enthüllten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit – nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialem Inhalt zu füllen. Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen ... Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus ... Sie ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats.

Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der *Verwendung* der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohlerworbenen Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen läßt. Aber diese Demokratie muß das Werk der *Klasse* und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d. h. sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen.«¹¹

Ottokar Luban beschreibt eine Situation vom 14. Januar 1919, die noch einmal einen Eindruck von Rosa Luxemburgs Demokratieverständnis vermittelt, sinngemäß wie folgt. Während die KPD-Zentrale zunächst keine Absicht hatte, die Ebert-Scheidemann-Regierung zu stürzen, strebten einige Betriebsvertrauensleute und der KPD-Vertreter Pieck dies an bevor klar war, ob die Berliner Arbeiterschaft hinter diesen Forderungen stand. »Dies hatte eindeutig den Charakter einer putschistischen Maßnahme, die nie im Sinne Rosa Luxemburgs gewesen wäre.«¹²

Dazu schilderte später Levi ihre Reaktion, als sie am 14. Januar von der vom 6. Januar stammenden, auch von Liebknecht unterschriebenen Erklärung des Revolutionsausschusses über die Abset-

10 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 362.

11 Ebenda, S. 363-364.

12 Ottokar Luban: Die ratlose Rosa. Die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919 – Legende und Wirklichkeit, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/2001, S. 35.

13 Paul Levi: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Gedächtnis, in: Leipziger Volkszeitung, 36. Jg., Nr. 12, 15. Januar 1929.

14 Ottokar Luban, a. a. O., S. 35. Zum Demokratieverständnis von Rosa Luxemburg vgl. auch Uwe-Jens Heuer: Rosa Luxemburgs Demokratieverständnis und unsere Epoche – oder: Ist Rosa Luxemburg noch aktuell? In: Klaus Kinner, Helmut Seidel (Hrsg.): Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimension ihres theoretischen Werkes, Berlin 2002, S. 152-170.

15 Hendrik Hansen, a. a. O.

16 Annelies Laschitza: Von Illusionen und Irrtümern. Rosa Luxemburg zu Krieg, Diplomatie & Vereinigtes Europa, in: Neues Deutschland, 8./9. März 2003.

zung der Ebert-Scheidemann-Regierung Kenntnis bekam: »Keiner der Anwesenden wird die Szene vergessen, als Rosa Luxemburg Karl Liebknecht das Dokument vorhielt, das gezeichnet war: Die provisorische Regierung Ledebour, Liebknecht, Scholze. Sie fragte ihn nur: ›Karl, ist das unser Programm?‹ Der Rest war Schweigen.«¹³

Dazu schreibt Ottokar Luban: »Trotz ihrer illusionären Überschätzung der revolutionären Aktionsbereitschaft der proletarischen Massen und der vollständig unangemessenen scharfen Angriffe auf die nicht mit gleicher Radikalität agitierenden anderen sozialistischen Führer wurde die Spartakusführerin niemals zur ›blutigen Rosa‹, nie zu einer putschistischen oder gar terroristischen Politikerin, sondern Rosa Luxemburg hat ihre demokratischen Grundsätze – auf dem Boden des Räteystems, nicht der parlamentarischen Demokratie – während des Januaraufstandes 1919 voll aufrechterhalten.«¹⁴

Zweitens wird Rosa Luxemburg als Kriegsgegnerin angegriffen.

Sie sei keine Gegnerin des Krieges gewesen, sondern habe nur Kriege abgelehnt, die der Klassenfeind führt, wird ihr vorgeworfen. Da sie für die Revolution gewesen sei, habe sie den Bürgerkrieg provoziert und dessen Opfer kühl einkalkuliert. Luxemburg sei somit eine totalitäre Denkerin: »Dieser Krieg (der Erste Weltkrieg – E. W.) war also abzulehnen, weil er den Interessen der Kapitalisten diene; die Menschenopfer waren zu beklagen, weil sie von Arbeitern erbracht wurden, die für das Machtstreben des Klassenfeindes starben. Krieg ist aber durchaus notwendig und gerechtfertigt, wenn er der Verteidigung der Sache des Proletariats dient. ... Dass die Revolution den ›gewaltigsten Bürgerkrieg‹ provozieren wird, kann für sie kein Argument gegen die Revolution sein: Über die Revolution zu diskutieren ist müßig, weil ihr Eintreten nicht im menschlichen Ermessen liegt, sondern durch die Gesetze des Kapitalismus determiniert ist.«¹⁵

Hier wird suggeriert, Rosa Luxemburg sei Pazifistin gewesen und mit den Maßstäben des Pazifismus zu messen: wenn sie schon gegen den Krieg eintritt, dann bitte auch gegen die Revolution. Sie war keine Pazifistin, bezog jedoch bereits vor dem Krieg eine konsequente Antikriegshaltung, für die sie 1915 ins Gefängnis musste und nach einer kurzen Unterbrechung 1916 wieder ohne Urteil in Schutzhaft genommen wurde bis zu ihrer Befreiung 1918 durch die Novemberrevolution. Annelies Laschitza schreibt dazu: »Man muss eine gewisse Enge in den Ansichten Rosa Luxemburgs kritisieren, wenn sie in ihrem Artikel ›Friedensutopien‹ das Engagement von Pazifisten als jämmerliche Halbheiten bürgerlicher Friedensapostel bezeichnet und wenn sie jedwede Friedensdeklaration aus Regierungskreisen als diplomatisches Schattenspiel abtut. Dennoch war es am Vorabend des Ersten Weltkrieges eine ihrer großen Stärken, nachdrücklich und unerschrocken ihre berechtigten Zweifel an der Möglichkeit einer wahren ›Friedensära‹ ausgesprochen zu haben. Rüstungseinschränkungen, Rückbildung des Militarismus, abflauen von internationalen Konflikten oder das Eindämmen von wirtschaftlicher Anarchie, argumentierte sie, lägen nicht auf der Linie der Fortentwicklung des Kapitalismus. Schon die letzten 15 Jahre habe es fast kein Jahr ohne Kriegsaktionen gegeben. ... Sie konnte beim besten Willen nicht erkennen, dass eine Friedenstendenz der kapitalistischen Entwicklung die Kriegstendenz durchkreuzt.«¹⁶

Krieg war für Rosa Luxemburg der Höhepunkt von Gewalt – der Erste Weltkrieg als Zivilisationsbruch bisher ungekannten Ausmaßes aber war für sie Barbarei. Sie sah in einer Revolution, erwachsen aus einer revolutionären Situation, die es ja im Januar 1919 kurzzeitig gab, die einzige Möglichkeit, diese Barbarei für die Zukunft unmöglich zu machen. Rosa Luxemburg leistete Widerstand, weil bloßer Protest gegenüber einer moralisch verkommenen, kampferehrenden und brutalisierten Militärsoldateska sinnlos geworden war. Die Brutalisierung in der Gesellschaft wurde nicht von Rosa Luxemburg herbeigeführt – auch nicht die revolutionäre Situation in Deutschland und in anderen europäischen Ländern –, sondern durch den zivilisationserschütternden Ersten Weltkrieg. Ottokar Luban analysiert präzise die Lage der revolutionären Kräfte im Januar 1919: »In der Ausgabe der ›Roten Fahne‹ vom 5. und 6. Januar 1919 sind keinerlei Anzeichen für die Absicht der KPD-Führung zu entdecken, den bewaffneten Kampf der revolutionären linken Kräfte um die Regierungsgewalt zu beginnen.«¹⁷ Die Ausrufung des Massenstreiks am 6. Januar mit dem Ziel des Sturzes der Ebert-Scheidemann-Regierung kam nicht von Rosa Luxemburg, die sich bei der Bewertung der Protestaktionen als revolutionärer Aktionen sehr zurückhielt, sondern von den »Revolutionären Obleuten«, dem Kreis der linken Betriebsvertrauensleute, der maßgeblich an dem revolutionären Umsturz vom 9. November 1918 in Berlin beteiligt war. Unter dem Eindruck der Massendemonstrationen gab Rosa Luxemburg ihre Zurückhaltung auf und sprach sich am 8. Januar für die Fortführung der Revolution zur Verwirklichung des Sozialismus aus, für das Hinwegfegen der Ebert-Scheidemann-Regierung. Als sich die Situation änderte, blieb sie bei ihren Forderungen und traf illusionäre und realitätsferne Einschätzungen der Massenstimmung. Luban schreibt weiter: »Meines Erachtens stellt Rosa Luxemburgs Bilanz des Januaraufstandes ein Dokument der Selbsttäuschung, der Ratlosigkeit und der Flucht in ein fast vollständig deterministisches Geschichtsbild dar, wobei jegliche Andeutung selbstkritischer Analyse fehlt.«¹⁸ Ihre Irrtümer im Januar 1919 stellen jedoch ihren prinzipiellen Antimilitarismus nicht in Frage.

Drittens richten sich die Angriffe nicht nur gegen Rosa Luxemburg als Politikerin, sondern auch als Frau. Die Art und Weise, wie sie zu ihren Lebzeiten deshalb verächtlich gemacht wurde, war allerdings wesentlich gemeiner als heute. Damals war in politischen Auseinandersetzungen eine Kultur nicht unüblich, die vor unangemessenen Gleichsetzungen nicht zurückschreckte und oft auch persönlich verletzend wirkte und wirken sollte. Die scharfzüngige Rosa Luxemburg stand da allerdings nicht zurück: »›Dass R(osa) überhaupt nicht anders als scharf, schonungslos u. mit der gewissen Sorte von gefährlichem Esprit, der nach spanischem Fliegensaft schmeckt, polemisieren kann, ist bei ihr selbstverständlich‹, schrieb ihr junger Freund und Verehrer Hans Diefenbach und fügte in seinem Brief an den von ihr verstoßenen alten Freund Karl Kautsky euphorisch hinzu: ›R(osa) arbeitet explosiv u. genial, so dass die Funken stieben u. einem gelegentlich die Finger verbrennen.‹«¹⁹

Die Anspielungen und Angriffe auf sie als Frau begannen in den eigenen Reihen. Der Gründer der österreichischen Sozialdemokratie

17 Ottokar Luban, a. a. O., S. 3.

18 Ebenda, S. 25.

19 Annelies Laschitzka, a. a. O.

Viktor Adler nannte sie in einem Brief an August Bebel ein »giftiges Luder«; Lenin rief der schon Ermordeten hinterher, sie sei ein Adler gewesen, der gelegentlich tiefer als ein Huhn flog.

Ihre Todfeinde ermordeten sie in einer Weise, die sie besonders als Frau demütigen sollte: Sie wurde erschlagen, erschossen, mit Stacheldraht umwickelt und in den Landwehrkanal geworfen. Als man ihre Leiche nach Monaten fand, versuchte Noske sie als angeblich nicht identifizierbar beiseite schaffen zu lassen. Alles das war die Rache an ihr als widerständiger Frau. Allein dem beherzten Eingreifen von Mathilde Jacob und Maxim Zetkin ist es zu verdanken, dass sie identifiziert und in Begleitung von Zehntausenden beigesetzt werden konnte.

Heutige Gegner agieren subtiler und spielen süffisant auf ihr unerfülltes Leben als Frau an: Keiner ihrer Liebhaber habe ihr einen Heiratsantrag gemacht und ihr Kinderwunsch sei unerfüllt geblieben. Wer hingegen wirft einem Mann sein privates Leben vor?

Viertens richten sich die Angriffe gegen Rosa Luxemburg auf sie als Symbolfigur des Demokratischen Sozialismus. Wenn sich dabei Konservative und eine Vielzahl von Sozialdemokraten treffen, so aus sehr verschiedenen Gründen. Die Konservativen verabscheuen ihre radikale Gesellschaftskritik. Teile der Sozialdemokratie werden durch sie immer wieder auf die politischen Konflikte in der sozialistischen Bewegung seit 1914 gestoßen, die sich gerade in der Person Rosa Luxemburg mit ihrem Schicksal manifestieren und die heute bei weitem nicht gelöst sind. Manfred Scharrer schrieb sein Buch – mit heißer Nadel und von zweifelhafter wissenschaftlicher Qualität – genau aus diesem Grund: Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sollen möglichst keinen Gefallen an Gedankengut finden, das zu Zeiten der Bebel'schen Sozialdemokratie dazu gehörte und mit zu ihrer Anziehungskraft beitrug. Die Spaltung der Arbeiterbewegung, die eng mit dem Schicksal der Personen Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts verbunden war, hatte mit all ihren verheerenden Folgen für Deutschland und Europa auch zum Ergebnis, dass sich die Strömung des demokratischen Sozialismus nicht wirklich entwickeln, geschweige denn durchsetzen konnte. Dabei geht es nicht um die Frage, was wäre geschehen, wenn Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht weiter an der Spitze der KPD gestanden hätten: »Diese (die westeuropäische Linke – E. W.) strickt bis heute an dem Mythos einer in den Novembertagen 1918 angeblich verpassten demokratischen Alternative zum real existierenden Sozialismus à la Sowjetunion und DDR.«²⁰ Es geht um die Perspektive dieser politischen Grundströmung heute und darum, wo ihre historischen Wurzeln liegen und was dazu führte, dass ihr eigentliches Anliegen verschüttet wurde.

Fünftens gehören zur politischen Debatte um Rosa Luxemburg die Angriffe auf die heutigen politischen Akteure: die Berliner SPD und die PDS.

In den Angriffen auf die PDS werden wie gewohnt SED und PDS gleich gesetzt und derselbe Umgang mit Rosa Luxemburg unterstellt: »Im Streit um die richtigen Ahnen der neuen deutschen Republik tritt die PDS auf und reklamiert eine der interessantesten, aber auch widersprüchlichsten Gestalten an der Wende vom 19. zum

20 Gerald Glaubitz,
a. a. O.

20. Jahrhundert: Rosa Luxemburg. Die SED-Nachfolgepartei tut dies in der gleichen Manier wie ihre Vorgängerin. Da steht nun Rosa Luxemburg für das sozialistische Versprechen, das leider unerfüllt blieb, für die Börsartigkeit der Sozialdemokratie und für den Kampf gegen die Ungerechtigkeit ganz allgemein.«²¹

Und das, obwohl das Verhältnis der SED zu Rosa Luxemburg, vorsichtig formuliert, mindestens zwiespältig und lange Zeit von der Stalinschen »Luxemburgismus«-These geprägt war. Das ist auch der Grund, warum es die SED in 40 Jahren nicht vermochte, ein Luxemburg-Denkmal zu errichten – obwohl sich der Plan dazu über Jahrzehnte durch alle »Denkmals-Konzeptionen« des Politbüros zog.

Der Berliner SPD dagegen wird ein »Einknicken« gegenüber der PDS und ein indirektes Eingestehen sozialdemokratischer Schuld am Tod Rosa Luxemburgs unterstellt – bereits die Annäherung der SPD an Rosa Luxemburg wird als Versagen angesehen. Hendrik Hansen formuliert das folgendermaßen: »Von Rosa Luxemburg haben die Sozialdemokraten sich bereits vor 1914 bewusst und zu Recht distanziert. Diese Distanz zu Rosa Luxemburg aufzugeben, käme einer Bankrotterklärung der SPD gleich.«²² Auch Jens Jessen äußert sich dazu ähnlich: »Mag sein, dass PDS und Sozialdemokraten, die sich um den Preis der historischen Selbstverleugnung in einer Koalition zusammenfinden konnten, diesen Streitfall brauchen, um sich ihrer Differenzen und Hasserfahrungen zu versichern.«²³

Was wäre aber, wenn sich Sozialdemokraten und Demokratische Sozialisten tatsächlich ernsthaft und jeweils selbstkritisch mit ihrer Geschichte auseinandersetzen würden? Das Luxemburg-Denkmalprojekt ist eine gute Möglichkeit.

Ein zentrales Argument in der gegenwärtigen politischen Diskussion zielt auf ihre Haltung in den Januarkämpfen von 1919, in denen sie entgegen ihrer bis dahin vertretenen Auffassung einer Nichtbeteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung zugestimmt hatte. Damit wäre sie zur Gegnerin der Demokratie geworden.

Ihre Haltung ist jedoch nur aus der konkreten Situation erklärbar – sowohl aus ihrer persönlichen als auch der politischen und gesellschaftlichen. Sie selbst war erst durch die Revolution am 8. November aus dem Gefängnis in Breslau entlassen worden, in dem sie zwei Jahre lang wegen ihrer Antikriegshaltung ohne Urteil in »Schutzhaft« gesessen hatte. Die Ereignisse überstürzten sich, und eine realistische Beurteilung der Situation war kompliziert – auch emotional.

Die Linke befand sich in einer verzweifelten Lage. Im Januar 1919 war es keineswegs abzusehen, dass demnächst die Weimarer Republik geboren werden würde. Vielmehr drohte der Terror einer Militärdiktatur, die Restaurierung der Monarchie. Heute wird oft suggeriert, es sei damals um die Entscheidung zwischen Räterepublik nach bolschewistischem Muster oder Weimarer Demokratie gegangen. Diese – übrigens von der SED-Geschichtsschreibung absichtsvoll zum Zwecke der Legitimation der Alleinherrschaft jahrzehntelang genährte – Legende wird heute von den erklärten Gegnern Rosa Luxemburgs liebevoll weiter gepflegt.

Die erste Frage war: Wird die Revolution so weit nach links getrieben, dass ein Zurück ins kriegverherrlichende und kriegführende

21 Antonia Grunenberg: Grautöne der Geschichte. Zum Beispiel Rosa Luxemburg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. Februar 2002.

22 Hendrik Hansen, a. a. O.

23 Jens Jessen: Parteigelände. Wie die PDS die Privatisierung öffentlicher Räume vormacht, in: Die Zeit, 14. März 2002.

Kaiserreich sowie ein Vorwärts in eine blutige Militärdiktatur, wie sie kurze Zeit später in Bayern dann tatsächlich errichtet wurde, unmöglich wird oder nicht? Und erst die zweite Frage lautete, welche Alternative wird aus der Revolution hervorgehen.

Die Weimarer Republik war erst ein Jahr nach Luxemburgs und Liebknechts Ermordung halbwegs gesichert: durch das Scheitern des Kapp-Putsches als Versuch der Errichtung einer Militärdiktatur im März 1920 an der vereint handelnden Arbeiterschaft und ihrem politischen Generalstreik. Dieses Mittel des politischen Kampfes hatte Rosa Luxemburg seit der russischen Revolution von 1905 immer wieder vehement proklamiert und war dafür von ihren Gegnern, nicht zuletzt innerhalb der Sozialdemokratie, ebenso heftig bekämpft worden. So gesehen hat Rosa Luxemburg dazu beigetragen, dass sich der Weimarer Republik überhaupt Entwicklungsmöglichkeiten eröffneten.

Die Weimarer Republik wurde von Linken, die sich in der Tradition Rosa Luxemburgs sahen, kritisch gesehen. Eine Alternative zu Militärdiktatur oder restaurativer Monarchie war sie, und wie wir heute wissen, auch ein historisch bedeutender Versuch, Deutschland auf einen demokratischen Weg zu bringen. Der am 15. Januar 1919 ermordeten Rosa Luxemburg, die einem Komplott zwischen SPD- und Reichswehr-Führung zum Opfer fiel, vorzuhalten, sie sei nicht für die am 14. August 1919 proklamierte Weimarer Republik eingetreten, disqualifiziert sich natürlich selbst.

Der politische Generalstreik als die Rettung für die Weimarer Republik wird heute totgeschwiegen und als Mittel der politischen Auseinandersetzung abgelehnt – auch und vor allem in den Gewerkschaften. Allerdings nur für Deutschland; für Polen – 1980 – wurde er begrüßt.

Die politische Debatte um Rosa Luxemburg wird oft mit heutigen Maßstäben und damit ahistorisch geführt – herausgenommen aus den komplizierten Verhältnissen der Jahre 1918/19 und so, als hätte Rosa Luxemburg den Erfahrungshorizont von heute besitzen können.

Dazu Norbert Seitz über das Buch von Manfred Scharer: »Dennoch sollte eine historische Arbeit stärker berücksichtigen, dass sich die Frage nach den Chancen und Grenzen von Reformpolitik unter repressiven Bedingungen eines autoritären Obrigkeitsregimes anders stellt, als im Rahmen demokratischer Verhältnisse.«²⁴

Für die Angriffe, die sich auf ihr Demokratieverständnis und ihren Demokratiebegriff richten, sind nicht die Jahre 1918/19 der Maßstab, sondern es ist die gefestigte Weimarer Republik nach der revolutionären Nachkriegskrise. Offenbar gehört zu den Kernpunkten der Auseinandersetzung die Frage danach, ob in der heutigen Demokratie Widerstand geleistet werden darf oder nicht. Rosa Luxemburg war radikal und widerständig in ihren politischen Auffassungen. Sie leistete vor allem gegen folgende gesellschaftliche Zustände Widerstand:

- das Dreiklassenwahlrecht in Preußen;
- den Ausschluss von Frauen vom Wahlrecht;
- die halbabsolutistische Reichsverfassung und
- die vorsätzlich militarisierte Gesellschaft.

Sind es diese Widerständigkeit und diese Radikalität, die heute wieder anrühlich sind? Die Formen von Widerstand werden durch

24 Norbert Seitz, a. a. O.

den Zeitgeist geprägt. Das wird gerade an Rosa Luxemburg deutlich. Widerstand heute mit einer blutigen Revolution in Verbindung zu bringen, ist absurd. Aber Widerstand ist Widerstand und für die Herrschenden – ganz gleich welcher Couleur – nie angenehm.

Geschichtspolitik unter einem SPD-PDS Senat

Die gesellschaftlichen Debatten um ein Denkmal oder wie es die Protagonisten wollen, ein Denkzeichen für Rosa Luxemburg im öffentlichen Raum Berlins, initiiert durch den SPD-PDS-Senat, reflektierten dieses Ereignis bemerkenswert heftig. Von »Ikonenverehrung«, einem schon »fast ins Kitschhafte abgedrifteten Rosa-Mythos« war die Rede ebenso wie von der Ablehnung einer angeblichen Überbewertung dieser linken Politikerin. So wird all das in Abrede gestellt, was sich für viele Menschen positiv mit dem Menschen, der Frau, der Politikerin Rosa Luxemburg verbindet, wofür sie auch heute noch geachtet, zumindest wahrgenommen wird.

Am besten wäre es, überhaupt keine Denkmäler mehr aufzustellen, da es eigentlich nicht mehr zeitgemäß sei, ist eine weitere Argumentationslinie. Selbstverständlich geht es hier gegen linke Geschichtspolitik, die mehr oder weniger ideologisch angegriffen wird. Den Initiatoren ist jedoch auch an einer für die Gesellschaft sichtbaren Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte gelegen, der Bestimmung eigener Traditionen und der Öffnung von politischen Perspektiven, die existenzielle Fehler der Vergangenheit aufarbeiten.

Rosa Luxemburg hat sich in manchem geirrt. Mitunter wurde und wird das deshalb so offen ausgesprochen, weil sie eine Frau war. Doch diesen kritischen und offenen Umgang mit eigenen Irrtümern, die bei der Suche nach gesellschaftlichen Alternativen unvermeidlich sind, braucht die demokratisch-sozialistische Linke, gerade jene in der SPD und in der PDS aber auch darüber hinaus, heute wie ein Mensch die Luft zum Atmen. Dafür ist Rosa Luxemburg eine Symbolfigur.

Und so ganz ohne respektvolle Reaktionen sind die Bemühungen des Berliner Senats jedoch auch nicht, wie folgende Meldung belegt: »Das war gestern bei der Enthüllung des alten, neuen Sockels eines Denkmals für den Kommunisten und geistigen PDS-Vorfahren, Karl Liebknecht, zu erkennen: Kultursenator Thomas Flierl (PDS) enthüllte als neues Denkmal den restaurierten Sockel eines Liebknecht-Denkmals, das die SED schon 1951 errichtete. Schon damals fehlte aber darauf eine Statue Liebknechts, der mit Rosa Luxemburg die KPD gründete, beides Ikonen der DDR. ... Wenn das Luxemburg-Projekt ähnlich stimmig gelingt wie Liebknechts Sockel, darf man die PDS-Geschichtspolitik, mit Blick auf deren Klientel, als gelungen bezeichnen. ›Karl und Rosa‹ hätten ein ehrendes Gedenken in dieser Stadt wohl verdient – ob mit oder ohne Statue.«²⁵

25 Philipp Gessler: Karl schreitet bei Ehrung mit Sockel voran, in: taz, 21. November 2003.